

„Alles in angestrengtester Tätigkeit“¹ Die deutsche Montanwirtschaft im Zeitalter der Reichsgründung 1850-1874

Nicht von der Kohle, vom Stahl muss man den Ausgang nehmen, um die Dimensionen zu präzisieren, in denen sich der Aufstieg Deutschlands zur (geeinten) Industrienation während der beiden Reichsgründungsjahrzehnte vollzog. Ganze rund 12.000 t an Roheisen wurden im Ruhrgebiet um 1850/51 von 1.500 Arbeitern an 15 Hochöfen jährlich erschmolzen. Um 1869/70, also vor dem „eigentlichen“ Gründerboom, waren es etwa 430.000 t, die von rund 5.000 Arbeitern aus 59 Hochöfen in 31 Werken gewonnen wurden. Welch ungeheurer Fortschritt an Produktivität! Dabei war der Preis für die Tonne Roheisen, nach den „Schwindelpreisen“ im Aufschwung der 1850er Jahre, bis 1870 um etwa 10 bis 15 Prozent gesunken. Was nun, in den folgenden drei Jahren, an Preisen gefordert und entrichtet wurde, sollte alles Dagewesene bei weitem in den Schatten stellen.

Das Zeitalter des Stahls begann. Stahl, das war der Stoff, auf dem die Moderne errichtet wurde. Und um 1870, aber auch noch im „Gründerkrach“ ab 1873/74, war nicht nur den Großindustriellen klar, dass sich daran, würde man auch so manche Absatzkrise hinnehmen müssen, in naher und ferner Zukunft (und bis heute) nichts ändern ließe. Eisen und Stahl rissen den Kohlenbergbau mit sich fort, und beide folgten dem Sog infrastrukturellen Ausbaus durch die Eisenbahnen in einer Zeit des ausgeprägten Bevölkerungswachstums, der Überwindung von Zollgrenzen und eines schier unaufhaltsamen technischen Fortschritts. Kohle und Stahl, die Montanwirtschaft als „Führungssektor“, setzten sich an die Spitze wirtschaftlichen Wachstums und lösten die Industrielle Revolution aus, die für Deutschland sinnvoll den hier behandelten Zeitraum umfasst. Die Folgen waren damals noch ganz unabsehbar, aber einiges ließ sich bald schon erkennen: Bevölkerungsverschiebungen (Migrationen) ungeahnten Ausmaßes, neue industrieregionale und vorläufig halburbane Agglomerationen, extreme Veränderungen der Umwelt, industriespezifische soziale Schichtungen und Antagonismen, schmerzhaft soziale Konflikte, die einstweilen in den Streikaktivitäten der Gründerjahre mit dem Höhepunkt des ersten Massenstreiks im Ruhrrevier 1872 gipfeln sollten.

Die „Vorzeit“, dasjenige also, was es vor der Jahrhundertmitte an Montanwirtschaft in Schlesien, an Ruhr und Saar und mancherorts sonst, in den Grenzen des Alten Reichs und des Deutschen Bundes gegeben hat, darf man im Licht des nun einsetzenden Wachstums getrost vernachlässigen – obwohl man den Deutschen, Mitteleuropa, den Rang des führenden Bergbau-Produzenten schon an der Wende zur Neuzeit zusprechen muss. Das hatte anfangs auf dem Silber, dem Gold und Eisenerz, dem Salz und manchen anderen „Schätzen der Erde“ beruht, und an der Wende zum 19. Jahrhundert war der Bergbau auf Eisenerze

¹ Der Berggeist. Zeitschrift für Berg-, Hüttenwesen und Industrie Jg. 15 (1870) Nr. 44/8.7.1870.

an die Spitze getreten. Im Ruhrgebiet, wo man seit Mitte des 18. Jahrhunderts die Raseneisenerze der Emschermulde verhüttet hatte, waren es aber erst die zunächst erregenden Funde an Kohleneisenstein („Blackband“) vornehmlich im Karbon des Dortmunder Raums, die nicht unerheblich, wenn auch rasch enttäuschend, zum Aufstieg in den 1850er Jahren beitrugen: Welches Glück, die Kohle beim Erz, das Erz bei der Kohle zu finden! Fast hätte man der Eisenbahnen gar nicht bedurft, wohl aber der Ruhrschiffahrt, die immerhin seit dem Ende des 18. Jahrhunderts einigermaßen funktionierte. Freilich, den Absatz an Stahl machte der Eisenbahnbau aus, dessen „Rückkoppelungseffekte“ die Montanwirtschaft vor sich her trieben.

Dabei waren die gewaltigen Fortschritte an Produktivität eher einem anderen Umstand zu danken. Das über Jahrhunderte währende Zeitalter der Holzkohle neigte sich, endete gar vollständig im Gründerboom. Dass man vor allem im Ruhrgebiet beste Fettkohle ergrub, aus der sich vorzüglicher Koks kochen lässt, dass man überdies endlich die hierzu erforderlichen Fertigkeiten auch in Deutschland beherrschte, das hat den Kohlenbergbau – nach dem Erz, dessen Bedarfe schon um 1870 nicht mehr in Deutschland allein befriedigt werden konnten – zum zweitwichtigsten Rohstoffversorger der Eisen- und Stahlindustrie gemacht. Kohle war bisher für den Hausbrand und für mancherlei Schmiedekünste benötigt worden, bald dann für Dampfmaschinen etwa in Textilfabriken. Auch für die Kohle hing aber alles an den Eisenbahnen: als Koks für die Hochöfen, aus denen das Eisen für Schienen und Lokomotiven hervorging, zum laufenden Betrieb der Bahnen und namentlich für den Transport überhaupt, denn der Kohlenpreis für die Verbraucher hatte sich bis dahin entscheidend aus der Entfernung zu den Zechen bestimmt. Das sollte nun, mit der Verfügbarkeit eines schnellen Massentransportmittels, ganz anders werden, und daraus erklärt sich, dass und wie sehr der „Tonnenkilometerpreis“ zum wichtigsten industriepolitischen Konfliktort der aufstrebenden, eigene Formen von Bürgerlichkeit prägenden Kohlen- und Stahlelite wurde.

Fortschritte an Produktivität hatte der Kohlenbergbau viel weniger zu verzeichnen; sein Wachstumsmaß wurde vom Schweiß der verfügbaren Arbeiter bestimmt. In Preußen – andere deutsche Gewinnungsorte lassen sich gut vernachlässigen – wurden 1850 erst rund viereinhalb Millionen Tonnen Kohle gefördert, davon immerhin bereits 44 Prozent im Ruhrgebiet. 1870 waren es gut 23, 1873 über 32 Millionen Tonnen, davon 51 Prozent im Ruhrgebiet, und dieser Anteil sollte sich bis 1913 auf 62 Prozent von knapp 180 Millionen Tonnen steigern. Während der Gründerjahrzehnte wurde das Ruhrgebiet also zur schwerindustriellen Leitregion. Schlesien konnte, trotz an sich günstiger Gewinnungskosten und Absatzräumen über Berlin hinaus, auch im Zeitalter der Eisenbahnen nicht mithalten, obwohl die früher habsburgische Region nach der Wende zum 19. Jahrhundert zunächst die technologische Führung inne gehabt hatte. Jetzt aber konzentrierte sich das Meiste auf das Ruhrgebiet, von dem aus man über den Rhein Oberdeutschland einigermaßen preisgünstig erreichte, sich gegen die belgische und nordfranzösische Konkurrenz in den Niederlanden durchsetzen konnte, über die Nord-

seehäfen Kohle verschifft und von dort auch rasch zunehmend Erze einführt. Die Montanwirtschaft wuchs bereits in globalen Kontexten. Duisburg sollte zum größten Binnenhafen Europas werden.

Die (nominalen) Kohlenpreise an der Ruhr hatten bis 1850 über ganze vier Jahrzehnte irgendwo zwischen vier und fünf Mark je Tonne am Gewinnungsort herumgekrebst. Von 1855 bis 1858 wurde beinahe das Doppelte erzielt. Während der 1860er Jahre musste der Bergbau zeitweise Einbußen bis sogar unter das frühere Niveau hinnehmen, aber von 1871 bis 1874 verdiente man sich reich, bei bis zu 11 Mark je Tonne. Wieder ging es dann tief hinunter, und diese immensen Oszillationen bezeichnen bis heute ein Syndrom der Montanwirtschaft: Was in anderen Branchen als konjunkturelle Brise wahrgenommen wird, erwächst sich bei Kohle und Stahl zu Stürmen. Von diesen Leitbranchen und ihrem immensen Kapitalbedarf, ihren Investitionszyklen und Absatzkrisen sollten fortan überhaupt die konjunkturellen Täler und Höhen der gesamten Industriewirtschaft ihren Ausgang nehmen. Jedenfalls zeigen die einschlägigen Indikatoren seit den 1850er Jahren ein hohes Maß an Übereinstimmung. Die Gründerjahrzehnte machten überhaupt die Zyklizität industriewirtschaftlichen Wachstums zur allgemeinen Erfahrung, einschließlich der desaströsen Folgen auf den Arbeitsmärkten, die ja als solche eben erst entstanden. Dabei waren Krisenzeiten stets auch Phasen struktureller Innovation. Der Kostendruck ließ, wohl beginnend im Dortmunder Raum in den späten 1850er Jahren und vorerst gipfelnd im Griff der Firma Krupp nach Fettkohlenzechen, deutschem Erzbesitz und überseeischen Erzrevieren, schon in den Gründerjahrzehnten in allen drei Revieren den typischen vertikalen Montankonzern entstehen.

Blieb also das reale Wachstum des Kohlenbergbaus seit 1850 relativ hinter dem des Stahls zurück, so war jene Branche doch quantitativ in den drei preußischen Gewinnungsregionen weit bedeutender – und sollte es in Zukunft bleiben. An der Ruhr arbeiteten um 1850 fast 13.000, 1870 gut 51.000 und 1873/74 dann nicht weniger als 84.000 Bergleute. Die Bevölkerung der engeren Bergbauregion ist von 119.000 (1816/18) über 221.000 (1848/49) auf 679.000 gewachsen. Beinahe unfassbar waren die Wachstumsschritte einer einzigen Firma, der Gustahlfabrik des Alfred Krupp: Von seinen ganzen 109 Arbeitern im Jahre 1849 brachte er es bis 1856 auf rund 1.000, 1860 waren es „erst“ 1.800, aber dann ging das los: über 7.000 im Jahre 1870, 1873 dann fast 12.000 Arbeiter. Was dies für Essen bedeutete, lässt sich kaum in dürren Worten fassen, zumal der Bergbau im Stadt- und Kreisgebiet diese Wachstumsschritte mit vollzog. Selbst bei den kaum erst hierfür sensibilisierten Zeitgenossen regte sich das Gewissen angesichts der unglaublichen Säuglingssterblichkeit in Arbeiterfamilien, die sich im alten Weichbild und, am Rande der Stadt, im Segeroth in Gebäuden wohnhaft machten, die noch aus dem Mittelalter stammten. Krupp baute frühzeitig Arbeiterwohnungen, und die Zechenbetriebe folgten, aus purem Wachstumstrieb und erst einmal nicht wegen der Säuglingssterblichkeit.

Der Prozess der schwerindustriellen Urbanisierung war von den Kommunalverwaltungen, die die erforderlichen Instrumente erst noch erfinden mussten, zu steuern; der Staat hielt sich hier ganz zurück. Dass Königshütte Stadt wurde, blieb einstweilen eine Ausnahme. Anders auf dem Gebiet des Handels- und Gewerberechts. Mit Blick auf die Montanwirtschaft muss man sagen, dass die preußische Staatsregierung in einem Akt umfassender nachrevolutionärer Pazifizierung den montanindustriellen Eigentümern alle diejenigen Rechte verlieh, um die sie jahrzehntelang vergeblich gefochten hatten. Die Liberalisierung des Bergrechts, also die Entlassung der Bergbaudirektion aus der regalrechtlichen Umklammerung, verteilte zwischen 1851 und 1865 derart umfassende Geschenke, dass sich die Unternehmerseite beim Freizügigkeitsgesetz 1860 gar überrascht, hocheifrig und dankbar gab. Das geschah gegen die Warnungen der überwiegend konservativen Behördenelite und auf deren Kosten, teilweise gegen scharfen Protest der Arbeiter und in willentlichem Abbau sozialen Schutzes. Dabei war die alte Verschwisterung von Berg- und Hüttenwesen längst schon aufgelöst worden. Das bergbauständische Korsett zerfiel, und auf das Kapital kamen gleich mehrere zusätzliche Geschenke: die Fortentwicklung des Aktienrechts (1870), die „Mobilisierung der Kuxe“ zwecks vereinfachten Kapitalverkehrs, die Möglichkeit der Umgründung von Montangewerkschaften zu Aktiengesellschaften, und all dies unter dem Signum des Freihandels, der allerdings etwa bei den Stahlindustriellen angesichts fortdauernder enlischer Konkurrenz nicht nur Freunde fand.

Dass der Staat die Bedingungen raschen wirtschaftlichen Wachstums unter gleichzeitig durchgreifender Unterdrückung möglicher Gegner – ob im altständischen Lager und in der junkerlichen Agrarwirtschaft, ob unter den wohl langsam gewendeten linken Liberalen oder in den eben erst geborenen Arbeiterbewegungen – notfalls gar, so beim Knappschaftsgesetz von 1854, mit Gewalt durchsetzte, das begründete auf Jahrzehnte den preußisch-deutschen Typ der autoritären, „machtgestützten“ Industrialisierung. Denn der so bezogene politische Stil gewann 1867/71 verfassungsrechtliche Konturen und blieb bis 1918 erhalten. Er machte die „Schlotbarone“, das waren nach den Pionierunternehmern der Frühzeit nun auch die neuen, die „Gründer“ an den Börsen und in den Banken, zu, wie sie glaubten, unbeschränkten „Herrschern im Hause“. Die Kosten waren schon erkennbar. In Waldenburg konnten sich die Unternehmer an der Jahreswende 1869/70 gegen liberalgewerkschaftlichen Einfluss, in Essen und im Ruhrgebiet 1872 gegen diejenigen der Christlich-Sozialen (und verschämt agierenden Sozialdemokraten) vollendet durchsetzen. Der Kulturkampf, dann das Sozialistengesetz und vor allem die schwere Wirtschaftskrise seit 1874 taten das Übrige.

Zum Autor

<http://www.ruhr-uni-bochum.de/sbr/kontakte/mitarbeiter/mitarb-isb-tenfelde.htm>